«Unlauterer Wettbewerb»: So wird eine Schwyzer Krankenkasse ausgenutzt

Bei Angeboten zu Krankenkassenwechseln trügt der Schein oft, eine lokale Kasse muss sich mit diesem Geschäft «herumschlagen».

Damian Bürgi

Jetzt ist es wieder so weit: Die Prämienanstiege sind bekannt, das heisst für viele: prüfen, vergleichen und wechseln. Gemäss dem renommierten Beratungsunternehmen Deloitte dürften für das kommende Jahr zwischen 600'000 und 900'000 Menschen die Kasse wechseln (der «Bote» berichtete).

Eine Praxis, die sich inzwischen eingespielt hat und die die Schwyzer Regierung, insbesondere Gesundheitsdirektor Damian Meier, stark befürwortet. Dies generiert zwar wieder Verwaltungskosten, für Meier ist aber klar, dass dadurch für die Krankenkassen Anreize entstehen, sich dem Wettbewerb anzupassen und günstige Modelle anzubieten.



Die Einsiedler Krankenkasse kann konstant tiefe Prämien anbieten, das wird von Online-Plattformen oft ausgenutzt. Bild: Caroline Kälin

Einsiedler Krankenkasse dient als «Lockvogel»

Offenbar wird dabei aber nicht immer mit fairen Mitteln gespielt. Die lokale Einsiedler Krankenkasse schneidet bei Vergleichen oft gut ab, von der Vergleichsplattform abovergleich.com hat sie erst gerade einen Preistreue-Award für konstant tiefe Prämien erhalten.

Der «gute Ruf» der Einsiedler Kasse wird aber offenbar teils auch «missbraucht». Geschäftsführer Urs Kälin erklärt, dass man immer wieder Anrufe erhalte und «wir nach Offerten gefragt werden, die wir gar nie erstellt haben».

So ist es offenbar eine gängige Praxis, dass bei Online-Plattformen die Einsiedler Krankenkasse als attraktive Wechselmöglichkeit angegeben wird und man eine unverbindliche Offerte einholen kann. In den folgenden Beratungsgesprächen wird dann aber der Wechsel zu anderen Krankenkassen nahegelegt oder gar noch weitere Finanzdienstleistungen angeboten, die Einsiedler Kasse dient quasi als «Lockvogel».

Beratungen in gebrochenem Deutsch als Warnhinweis

«Bei den eingangs erwähnten Anrufen erklären uns Personen oft, sie seien von jemandem in gebrochenem Deutsch beraten worden, das ist bei uns gar nicht möglich, da alle unsere Mitarbeitenden einwandfrei Deutsch sprechen», so Urs Kälin weiter. Was ihn an der Angelegenheit besonders störe, sei nicht der Erklärungsaufwand, den man leisten müsse, dass die anrufenden Personen gar keine Vereinbarung mit der Einsiedler Kasse getroffen haben, sondern dass solche Plattformen oft Provisionen von den Versicherungen für den Wechsel erhalten. «Mit uns so zu werben, nur um andere Angebote zu verkaufen, ist aus meiner Sicht klar unlauterer Wettbewerb», stellt Kälin klar. Vergleiche und Wechsel lehnt der Geschäftsführer im Grunde aber nicht ab. Kälin empfiehlt dabei aber – trotz erhaltener Auszeichnungen – nicht Onlineplattformen, sondern die offizielle Seite des BAG priminfo.admin.ch, wo die eigenen Prämien berechnet und verglichen werden können.

So werden die Prämien tief gehalten

Dass die Einsiedler Krankenkasse konstant tiefe Prämien anbieten kann, dürfte seine Gründe haben. «Wir wollen bewusst lokal und nicht schweizweit tätig bleiben», erklärt Kälin einen Grund dafür. Des Weiteren erfolge die Leistungskontrolle und Abrechnung oft noch manuell und nur teils automatisch.

«Klar könnten wir 600 bis 700 Stellenprozente einsparen, ein automatisiertes System bemerkt aber viele nichtberechtigte Leistungen gar nicht und stuft diese als berechtigt ein, was unsere Kosten und die Gesundheitskosten insgesamt wieder steigen lässt», so Kälin weiter.

Als weitere Gründe nennt er, dass man nur Standardmodelle anbiete und dass das eigene Klientel – welches zu 95 Prozent aus dem Kanton Schwyz kommt – gesunden Menschenverstand bei Arzt- oder Spitalbesuchen walten lasse. *(dabu)*

Eine Frau übernimmt die Spitze bei der Jungen SVP

An der Generalversammlung wählten die Jungkonservativen Cintia Zehnder-Gyr als neue Präsidentin für den abtretenden Mattia Mettler.

Vergangenen Freitag hielt die Junge SVP Kanton Schwyz in Oberarth ihre alljährliche GV ab. Mattia Mettler berichtete dabei den anwesenden Mitgliedern zum letzten Mal als Präsident von einem ereignisreichen Vereinsjahr, in dem mehrere Anlässe durchgeführt und viel Politik betrieben wurde.

Als grösste und stärkste Jungpartei des Kantons erfülle die JSVP eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber Parlament und Regierung. «Falsche Entscheide wie die Annahme von woker Gendersprache im Kantonsrat werden mit eigenen Initiativen gekontert, sodass das Schwyzer Stimmvolk das letzte Wort in dieser Sache sprechen kann», schreibt die JSVP in einer Mitteilung zur Generalversammlung.

Personell geht die Jungpartei neue Wege: Nach vier Jahren als Präsident übergibt Mettler dieses Amt an Cintia Zehnder-Gyr (21). Der 27-Jährige sei froh, dieses Amt in jüngere Hände abzugeben, wie er auf Anfrage erklärt. Politisch habe er weiterhin Ambitionen, letztendlich würden aber die Wähler entscheiden, wie es mit den Ambitionen verlaufe, so Mettler, der in der Gemeinde Arth auf dem ersten Ersatzplatz für den Kantonsrat steht.



Die neugewählte Präsidentin der Jungen SVP Kanton Schwyz, Cintia Zehnder-Gyr, mit Nationalrat und Kantonalpräsident der Mutterpartei Roman Bürgi. Bild: zvg

Eigene Gender-Initiative bald auf der Agenda

Seine Nachfolgerin Zehnder-Gyr ist Bankkauffrau, in Euthal wohnhaft und möchte die Partei in eine erfolgreiche, konservative Zukunft führen und gleichzeitig die kantonale Politik mit fundierten, bürgerlichen Inhalten aus einer jugendlichen Perspektive prägen, heisst es in der Mitteilung. Liam Theiler ersetzt zudem Adrian Kälin als Vizepräsident. Der 23-jährige Freienbächler befindet sich aktuell in der Ausbildung zur Lehrperson und bringe eine wichtige Perspektive aus dem Bildungsbereich in das Gremium ein.

Das neue Führungsduo freue sich auf die kommende politische Arbeit und viele Begegnungen. «Mit der kommenden Abstimmung über die eigene Initiative ‹Schwyz gendert nicht›, den eidgenössischen Wahlen 2027, bei welchen die Jungpartei wieder mit einer eigenen Liste antritt, sowie der Abstimmung über den EU-Unterwerfungsvertrag wird die Jungpartei wieder extrem gefordert», so die JSVP weiter in der Medienmitteilung. *(zvg/dabu)*

Microsoft-Entscheid: Ender erzielt Teilerfolg

Die Schwyzer Öffentlichkeitsbeauftragte empfiehlt eine Offenlegung der Machbarkeitsanalyse.

Damian Bürgi

Weitere Wendung im Schwyzer «Microsoft-Fall»: Die Öffentlichkeits- und Datenschutzbeauftragte der Kantone Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Eveline Jost, gibt Josef Ender und den Frye Schwyzer teilweise recht. Der Ibächler IT-Unternehmer verlangt seit Monaten Einsicht in den Entscheid der Regierung, für die Verwaltung künftig auf Produkte des amerikanischen Software-Giganten Microsoft zu setzen.

Eine Schlichtungsverhandlung zwischen Ender, der Regierung und Jost von Ende August zur Offenlegung der teils geschwärzten Unterlagen verlief erfolglos. Dementsprechend hat die Schwyzer Öffentlichkeitsbeauftragte eine schriftliche Empfehlung bezüglich der geforderten Offenlegung abgegeben, und diese hat es offenbar in sich.

Kritik an der Regierung

Bei der Machbarkeitsanalyse zum Microsoft-Entscheid im Regierungsratsbeschluss handle es sich um kein internes Arbeitshilfsmittel, sondern um ein amtliches Dokument mit Zugangsanspruch, wie Josef Ender in einer aktuellen Medienmitteilung zum Empfehlungsschreiben erwähnt. Jost kritisiere dabei auch die Argumentation der Regierung. Diese habe erklärt, die Inhalte seien Geschäftsgeheimnisse der für die Erstellung der Analyse beauftragten Anwaltskanzlei. Gemäss Jost sei unklar, inwiefern es sich hier um Geheimnisse der Kanzlei handle, und die Regierung habe dies auch nicht begründet.

«Wer ein Rechtsgutachten für ein öffentliches Organ erstellt und abliefert, übergibt es in die Hoheit des öffentlichen Organs. Damit ist es ein amtliches Dokument und dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt», zitiert Ender in seiner Mitteilung aus dem Empfehlungsschreiben.

Ender behält sich weitere rechtliche Schritte vor

Jetzt ist die Regierung wieder am Zug. Sie wird demnächst entscheiden, ob sie den Empfehlungen der Öffentlichkeitsbeauftragten folgen will oder eine Verfügung erlässt und darin begründet, weshalb sie die Unterlagen nicht öffentlich zugänglich machen will. Wenig überraschend hat Josef Ender bereits angekündigt, dass er sich die Anfechtung einer solchen Verfügung vorbehalte.

Weiter schreibt Josef Ender, die Öffentlichkeitsbeauftragte halte fest, dass das Informationssicherheits- und Datenschutzkonzept (ISDS) derzeit noch nicht fertiggestellt sei. «Der Regierungsrat soll angeben, wann mit der Fertigstellung zu rechnen ist. Danach muss er allfällige Geheimhaltungsgründe ebenfalls konkret darlegen», heisst es im Empfehlungsschreiben weiter, wie Ender ausführt.

«Damit ist es ein amtliches Dokument und dem Öffentlichkeitsprinzip unterstellt.»

Datenschutzbeauftragte
in der schriftlichen Empfehlung